



Presseinformation

Nr. 096/2009

Kiel, Mittwoch, 25. März 2009

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Soziales/Runder Tisch/Heim- und Pflegekinder/Glückstadt

Heiner Garg: Geschichte der Betroffenen und die Umstände der ehemaligen Heimerziehung aufarbeiten

In seinem Redebeitrag zu **TOP 22** (Konsequenzen aus Misshandlungen und anderem Unrecht in Kinder- und Erziehungsheimen in Schleswig-Holstein) sagte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Dr. Heiner Garg**:

„Sie galten als „schwer erziehbar“, waren oft nur wegen jugendlicher Bagatelldfälle aufgefallen, hatten als Minderjährige ein Kind bekommen oder waren unehelich geboren und damit als unerwünscht von ihren Müttern weggeben oder zwangsweise getrennt worden: Noch bis 1974 wurden Mädchen und Jungen aus diesen oder anderen Gründen in das Erziehungsheim Glückstadt eingewiesen.

Glückstadt war zwar nicht das einzige Erziehungsheim in Schleswig-Holstein, es steht aber als besonders abschreckendes Beispiel für eine unbedingte Disziplinierung junger Menschen.

Viele der ehemaligen Heimkinder sagen heute, sie hätten ihre Erinnerungen nach der Heimzeit aus Scham zunächst verdrängt. Sie fühlten sich ihr Leben lang als Aussätzige der Gesellschaft und haben erst jetzt die Kraft dazu aufbringen können, sich mit ihrer Vergangenheit und ihrer Biografie zu beschäftigen. Dabei hat sie die Unterbringung in diesem Kinder- und Erziehungsheim für ihr ganzes Leben geprägt.

Statt elterlicher Fürsorge, Liebe, Geborgenheit und Sicherheit haben sie staatlich gebilligte Willkür, Demütigungen, Gewalt und emotionale Härte in einem Ausmaß erfahren müssen, die uns Jahrzehnte später unvorstellbar und unwirklich erscheint. Auf das Leben wurden diese Kinder und junge „Heranwachsende“ nicht vorbereitet. Stattdessen wurde ihnen vermittelt, dass sie als Mitglieder der Gesellschaft unerwünscht sind.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

Zweifel an der eigenen Identität und dem Selbstwertgefühl wurden nicht mit pädagogischen Mitteln aufgefangen. Vielmehr legten es die Mitarbeiter darauf an, durch „Umerziehungsmaßnahmen“ den Willen der Heimkinder für immer zu brechen.

Welche Folgen dies für die weitere Biographie eines Menschen haben kann, hat ein heute 59 Jahre altes ehemaliges Heimkind anlässlich des Runden Tisches im Deutschen Bundestag deutlich gemacht: *„Mein ganzes Leben schämte ich mich, im Heim gewesen zu sein, ich glaubte, ich sei gekennzeichnet und jeder würde es sofort merken“*¹.

Das erlebte Unrecht und erfahrene Leid können nicht mehr ungeschehen gemacht werden. Umso wichtiger ist es deshalb, die Geschichte der Betroffenen und die Umstände der ehemaligen Heimerziehung aufzuarbeiten und ein sehr dunkles Kapitel der Jugendhilfe in Schleswig-Holstein öffentlich zu machen. Der Runde Tisch räumt den Betroffenen die Möglichkeit ein, ihr Schicksal öffentlich zu machen. Das ist ein erster wichtiger Schritt.

Eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschehnisse muss als weiterer Schritt folgen. Sie hilft den ehemaligen Heimkindern bei der Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie: Viele wussten nicht einmal den Grund ihrer Einweisung – und erfahren ihn erst jetzt aus den Akten.

Die Fragen der Betroffenen nach dem „Warum“ brauchen wissenschaftlich aufgearbeitete Antworten, um ihnen ihre Würde wieder zurückzugeben. Aufarbeitung der Geschichte der Heimfürsorge ist deshalb ein erster Akt der Anerkennung der Gesellschaft gegenüber den Opfern.

Sie ist aber auch wichtig, um eine Antwort auf die Frage zu erhalten, die auch ich mir immer wieder beim Lesen der Dokumentation des Runden Tisches gestellt habe: Wie konnte das System der menschenverachtenden Behandlung und Unterbringung von Kindern und Heranwachsenden in einem demokratischen Rechtsstaat bis 1974 fortbestehen, obwohl auch offizielle Stellen über diese Zustände informiert waren?

Darüber hinaus ist die Aufarbeitung der Akten ein wichtiger Baustein für die Betroffenen, wenn es um die Anerkennung von Menschenrechtsverletzungen geht: Die meisten der ehemaligen Heimzöglinge wurden unter dem Vorwand „Erziehung durch Arbeit“ als billige Arbeitskräfte missbraucht. Sie haben weder Bildung noch eine Ausbildung erhalten – teilweise mussten sie sogar ihre bestehenden Lehrverhältnisse auflösen. Heute müssen sie um Pensionsansprüche kämpfen, da ihre Arbeitsleistung nach heutigem Recht nicht im Rahmen eines versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses erfolgt ist.

Öffentliche Anerkennung kann das entstandene Unrecht nicht wieder gut machen oder die seelischen und emotionalen Verletzungen heilen. Sie kann aber ehemaligen Heimkindern einen prägenden Teil der Biographie im Nachhinein vielleicht ein wenig erträglicher machen.“

¹ Sonja Djurovic, 59, Spiegel online, 17.02.2009, „Unrecht gegen Heimkinder“